



OSTHEIDE RUNDSCHAU

SPD-Mitteilungsblatt aus Barendorf, Netze, Reinstorf, Thomasburg, Vastorf und Wendisch Evern

Bundesverdienstmedaille für Eugen Koritz.



FOTO: WOLFGANG SCHWABE

Lüneburg/Wendisch Evern. Wer ihn kennt, kann es gut verstehen, dass Eugen Koritz mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet wurde. Dies ist eine der höchsten Auszeichnungen, welche die Bundesrepublik zu vergeben hat. So freute sich Landrat Manfred Nahrstedt, im Namen des Bundespräsidenten Eugen Koritz diese Auszeichnung für dessen herausragen-

de jahrzehntelange ehrenamtliche Arbeit überreichen zu dürfen. Die Freude ins Gesicht geschrieben war am 30. Januar im festlich geschmückten Sitzungssaal Auf dem Michaeliskloster neben Eugen Koritz' Familie Freunden und Wegbegleitern aus seiner Heimatgemeinde Wendisch Evern, Vertretern des Bundesbahnsozialwerks, der Gemeinde Wendisch Evern sowie der Samtgemeinde Ostheide. Alle

Nach der Ehrung: v.l.n.r. Landrat Manfred Nahrstedt, Ehefrau Lisa Koritz, Eugen Koritz und Samtgemeindebürgermeister Norbert Meyer.

waren sich einig, dass es mit Eugen Koritz genau den Richtigen mit dieser hohen Auszeichnung getroffen hat.

In Wendisch Evern engagiert sich Eugen Koritz seit Jahrzehnten bei Festen und Begegnungen, wo er mit seinen selbstgebauten Holzbuden, seinem umfangreichen Equipment und seiner großen Hilfsbereitschaft zum Gelingen vieler Feste beiträgt. Und dies nicht nur bei Veranstaltungen „seiner SPD“, für die er sich seit langem auch als Ratscherr auf Gemeinde- und Samtgemeindeebene engagiert. Ebenso profitieren die CDU und alle Vereine, die seine Hilfe in Anspruch nehmen, insbesondere die Alte Schule, für die er auch bei der Renovierung des Gebäudes und später beim Bau des

Fortsetzung auf Seite 2



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

sind wir Deutschen wirklich so?

In einer kurzen Kabarett-Nummer neulich im Fernsehen ging es um einen Mann, der eine Autopanne hat. Zwanzig Minuten lang versucht er erfolglos, sein Fahrzeug wieder fahrtüchtig zu bekommen.

In Amerika halten viele der vorbeikommenden Autos an, beratschlagen, was zu tun sei, und werfen schließlich einen Grill an, weil sie nicht wirklich helfen können, aber wenigstens Beistand leisten wollen.

In Deutschland fahren alle Autos achtlos an ihm vorbei. Endlich hält einer, lässt die Scheibe herunter und sagt: „Sie müssen eine Warnweste anziehen!“ – dann gibt er Gas und fährt weiter... Keine Hilfe, kein Beistand, nur Kritik!

Typisch deutsch? Ich hoffe nicht! Wie mögen sich Flüchtlinge oder Fremde bei uns fühlen, wenn sie kritisiert werden, obwohl sie gar nichts böswillig falsch machen (wollen)? Wenn wir uns gegenseitig ständig kritisieren, weil wir aus Unachtsamkeit oder guten Gründen etwas anders (oder „falsch“) machen, werden wir alle zu missmutigen und schlecht gelaunten Mitmenschen. Eine solche Gesellschaft mag ich mir gar nicht vorstellen.

Was können wir tun? Wir sollten uns gegenseitig so oft wie möglich loben! Wofür? Für all das, was gut gelungen ist, auch wenn es nur Kleinigkeiten sind. Dies hebt die Laune und lässt uns alle spüren, dass wir wirklich willkommen sind, auch wenn wir anders sind oder anders leben.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien viel Lob, viele Gelegenheiten, um selbst zu loben und frohe Ostern

Martina Habel

Martina Habel
Vorsitzende des SPD-Ortsvereins

FOTO: ANDREAS BEHNS

Wir feiern!

40 Jahre OSTHEIDE- RUNDSCHAU



Der SPD Ortsverein Ostheide lädt ein zur Jubiläumsveranstaltung 40 Jahre Ostheide-Rundschau am 10. April 2015 um 19 Uhr ins Bildungs- und Tagungszentrum Ostheide in Barendorf, Lüneburger Straße 12.

Reinstorf: Spatenstich.

Das Feuerwehrhaus Reinstorf kündigt sich an.

Am 16. Februar war es endlich soweit, der Anfang der Bauarbeiten für das Feuerwehrhaus Reinstorf. Die langersehnte Baugenehmigung des Landkreises wurde bereits durch den SG-Bürgermeister Norbert Meyer auf der Jahreshauptversammlung angekündigt, womit amtlich bestätigt wurde, dass der Bau beginnen kann.

Dass wir ein neues Feuerwehrhaus in Reinstorf brauchen, war bereits seit sehr langem klar; denn das aktuelle Feuerwehrhaus, gebaut vor etwa 35 Jahren, entspricht nicht mehr den erforderlichen Bedingun-

gen. Es wurde – wie auf alten Photos erkennbar – an einer Stelle gebaut, die aufgrund des Untergrundes ein Aufstocken um eine weitere Etage



Mit dem Spaten in der Hand: v.l.n.r. Norbert Meyer, Burkhard Bisanz, Karsten Reich.

statisch nicht zulässt. So ist vom SG-Rat die weise Entscheidung getroffen worden, ein Neues mit heutigen

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Bundesverdienstmedaille für Eugen Koritz.



Landrat Manfred Nahrstedt überreichte in fröhlicher Atmosphäre einer Feierstunde Eugen Koritz die Verdienstmedaille der Bundesrepublik Deutschland, die Urkunde und einen Blumenstrauß.

dass nicht jeder für das Bundesverdienstkreuz Vorge-

schlagene in den Genuss dieser Ehrung kommt. Doch bei Eugen Koritz seien sich alle Beteiligten einig gewesen. „Sein Engagement ist einfach unbezahlbar“, so der Landrat. „Genau dieser Meinung sind alle Mitglieder der SPD Ostheide, die sich glücklich schätzen, Eugen Koritz in ihren Reihen zu haben“, so Ortsvereinsvorsitzende



Martina Habel während der Jahreshauptversammlung am 12. Februar in Wendhausen.

Martin Peters

Backhauses mit seinen Fähigkeiten als gelernter Tischler kräftig mit anpackte.

Seit 1956 ist Eugen Koritz Mitglied der Eisenbahnergewerkschaft, war über 50 Jahre lang Personalratsmitglied, lange Jahre Personalratsvorsitzender sowie Mitglied im Bezirkspersonalrat.

Zugleich setzte er sich für das Bundesbahnsozialwerk ein, zuletzt als Seniorenbetreuer für den Bereich Nordostniedersachsen, wo er Kranke besucht, Fahrdienste durchführt und selbst bei Sterbefällen seine Hilfe anbietet. Der Landrat machte darauf aufmerksam,

Fortsetzung von Seite 1

Spatenstich.

und erforderlichen Standards zu planen.

Nachdem zunächst zusammen mit der Gemeinde Reinstorf nach einem geeigneten Platz Ausschau gehalten und der „Wunschplatz“ gefunden wurde, folgte eine lange Verhandlungszeit mit dem Grundeigentümer. Es brauchte viel Überzeugungsarbeit und Verhandlungstaktik, zudem wurden auch andere Standortmöglichkeiten in Erwägung gezogen. Doch die Gemeinde ließ nicht locker, ihr Maßstab war die optimale Lösung für die Gemeinschaft, denn die Nähe und Größe des ausgesuchten Standortes waren geradezu ideal für den

IMPRESSUM:

Herausgeber und Redaktion:
SPD-Ortsverein Ostheide, Heidplacken 3
21400 Wendisch Evern, Tel. 04137/5 31
eMail: habel-reinstorf@t-online.de

Gestaltung und Anzeigen:
Wolfgang Schwabe, Birkenweg 7
21403 Wendisch Evern, Tel. 04131/85 02 12
eMail: wolschwabe@t-online.de

Druck: Altstadtdruck, Altenmedingen

Auflage: 4.400

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge zu kürzen.

Zweck. Auch ein weiterer Grund war mit der Ortswahl verbunden. Die Gemeinde wollte einen Multifunktionsplatz in unmittelbarer Nähe des Gerätehauses anbinden, damit die fleißigen Kameradinnen und Kameraden die besten Bedingungen zum Üben und für ihre Einsätze haben. Der Platz für die Wettbewerbsgruppe soll auch als Kleinfeld für die hiesigen EinwohnerInnen dienen, damit würde man sowohl der Feuerwehr wie auch der Jugend und den Kindern Platz bieten. Ich bin sehr froh, dass wir doch noch den Eigentümer überzeugen konnten! Die Gemeinde brachte sich mit ihrem schnellen Bebauungsplan ein, die Samtgemeinde Ostheide zeichnete für den Flächennutzungsplan verantwortlich. Die engagierte Zusammenarbeit der Samtgemeinde und Gemeinde hat sich gelohnt, sogar der Bauhof wird hier seinen neuen Platz finden!

Nun sind wir gespannt auf die nächsten Schritte im Laufe des Jahres, die durch die Grundsteinlegung, das Richtfest und natürlich die endgültige Fertigstellung dokumentiert sein werden.



Wir sind Feuer und Flamme für unser Bauprojekt. Die Bagger können losrollen!

Burkhard Bisanz

Andrea Schröder-Ehlers aus dem Landtag:

Vorratsdatenspeicherung verhindern!



Der EuGH hat vor einem Jahr erklärt, dass die europäische Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung nichtig ist. Bundesver-

fassungsgericht und Europäischer Gerichtshof haben die Vorratsdatenspeicherung nicht generell untersagt, aber hohe Anforderungen an zukünftige Regelungen gestellt.

Diese Urteile haben die rechtliche Ausgangssituation verändert. Und die rasante digitale Entwicklung verändert die tatsächliche Situation täglich neu. Ich erinnere nur daran, dass facebook vor kurzem seine Geschäftsbedingungen geändert hat. Und vermutlich haben sich sehr viele Menschen mit einer totalen Datenauswertung ihrer digitalen Daten auf ihrem Smartphone durch facebook einverstanden erklärt.

Facebook sammelt alle Daten, bewertet sie und ist berechtigt, sie weiterzuleiten. Und das reicht vom Bewegungsprofil über die Gesundheitsdaten bis zur Kreditwürdigkeit. Zu den Klauseln gehört auch, dass facebook sozusagen nach eigenem Ermessen entscheiden kann, die Daten an die Polizei, Gerichte oder sonstige Institutionen weiter zu leiten.

Das Vorgehen von facebook und die schwache öffentliche Reaktion darauf machen deutlich, wie stark unsere Gesellschaft schon desensibilisiert ist. Oder andersherum: Wie stark schon Abhängigkeiten von sozialen Netzwerken ausgeprägt sind.

Die FAZ titelte neulich: „Vorratsdatenspeicherung – Perversion des Datenschutzes“. Und darunter: „Die Geschäftsbedingungen von facebook sind neben dem Gebaren von google die größte Überwachung. Dagegen ist Vorratsdatenspeicherung ein Witz“.

Ich glaube, wir tun gut daran, inne zu halten, unsere Ziele noch einmal klar zu definieren und dann nach geeigneten Instrumenten zu suchen.

Ich bin für Datenschutz gegenüber dem Staat und gegenüber den Privaten. Ich bin dafür, sich auf der europäischen und auf der nationalen Ebene Gedanken darüber zu machen, mit welchen Instrumenten dies erreicht werden kann. Und dass man dabei auch die Kriminalitätsbekämpfung und die Terrorabwehr handlungsfähig gestalten muss, ist für mich eine Selbstverständlichkeit.

Ich halte das übrigens für eine sehr, sehr große Herausforderung, die uns viel Anstrengung kosten wird. Ich finde es aber sehr wichtig und es lohnt den Einsatz, denn neben aller Notwendigkeit die Sicherheit zu gewährleisten, geht es auch darum, unsere Freiheit in einer demokratischen Gesellschaft zu erhalten. Es geht auch darum, unsere Ansprüche an Freiheit und Sicherheit richtig auszutarieren.

Herzliche Grüße

Andrea Schröder-Ehlers
Andrea Schröder-Ehlers
MdL Niedersächsischer Landtag

Deutschland kann viel mehr leisten.

Wer noch ein Herz hat, will helfen. Viele Menschen in unserem Land bleiben angesichts des unendlichen Leids, das Flüchtlinge aus dem Nahen Osten, aus Afrika und von den Rändern der Europäischen Union zu uns tragen, nicht untätig.

Es fehlen die jungen Menschen, um die Sozialsysteme zu finanzieren, es fehlen die Facharbeiter, die Erfinder und Firmengründer. Viele von denen, die jetzt ins sichere Deutschland kommen, wollen diese Lücke füllen. Sie sind gut ausgebildet und können sich integrieren. Staat und Wirtschaft engagieren und helfen denjenigen, denen die Bildung fehlt.

Denn unser Land ist groß und stark genug, um noch sehr viel mehr Hilfe zu leisten. Am Ende werden diese

Menschen vielleicht hier bleiben, oder in ihre Länder zurückkehren. In jedem Fall machen sie die Welt besser.

Das müsste man nur noch den Menschen erklären, die derzeit unter dem pervertierten Ruf „Wir sind das Volk“ montags auf deutschen Straßen gegen Ausländer demonstrieren. Diese Menschen wollen die Grenzen zumachen, um damit ihre eigene Lage zu verbessern. In Wirklichkeit sägen sie an dem Ast, auf dem sie selber sitzen.



Von der moralischen Armseligkeit ihrer Argumentation gar nicht zu reden.

Karsten Reich

Bremer Erklärung

Weltoffene Gesellschaft werden – Willkommenskultur etablieren Kommunen unterstützen.

Wir wollen ein offenes Deutschland, das Menschen in Not Sicherheit und Obhut gewährt und Zuwanderern aus dem Ausland eine Zukunftsperspektive aufzeigt. Die hohen Flüchtlingszahlen stellen das Land dabei vor neue Herausforderungen. Seit Jahresende 2014 haben sich die Zugangszahlen noch einmal deutlich nach oben entwickelt, sodass mit einer Überschreitung der Prognosen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu rechnen ist. Der Bund, die Länder und die Kommunen können nur gemeinsam die Voraussetzungen für eine menschenwürdige Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen gewährleisten. Der Bund hat deshalb in den vergangenen Monaten Verantwortung übernommen. Für die Flüchtlingsunterbringung stellt der Bund den Ländern je 500 Millionen Euro in den Jahren 2015 und 2016 zur Verfügung. Leerstehende Bundesimmobilien werden befristet mietfrei für die Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt. Für ein schnelleres Asylantragsverfahren wurden 650 zusätzliche Stellen im BAMF geschaffen und Bosnien und Herzegowina, Mazedonien und Serbien zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt.

Darüber hinaus hat der Bund ganz konkret die Situation der Asylbewerber und Geduldeten verbessert. Die Residenzpflicht, die bereits von den Ländern Niedersachsen und Bremen landesgesetzlich gelockert wurde, wurde bundesweit abgeschafft. Zudem wurde der Arbeitsmarktzugang deutlich erleichtert. Asylbewerber und Geduldete dürfen nun bereits nach drei Monaten in Deutschland erwerbstätig werden. Die Mittel für Integrationskurse zum Spracherwerb wurden zudem im Jahr 2014 auf 244 Millionen Euro erhöht und im Haushalt 2015 verstreigt.

Dennoch müssen wir die Rahmenbedingungen stets anhand der aktuellen Entwicklung überprüfen. Bei allen Anstrengungen, die bereits vor Ort, von den Ländern und im Bund unternommen werden, erkennen wir in unserer täglichen Arbeit weiteren Handlungsbedarf. Die Kommunen, die eine besonders große Verantwortungsbereitschaft zeigen und hervorragende Arbeit leisten, werden finanziell, personell

und logistisch besonders gefordert.

- Wir unterstützen daher die - Forderung des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, dass der Bund die Kosten für die Unterbringung der Flüchtlinge übernehmen muss.
- Ebenso wollen wir den Gesundheitsschutz der Flüchtlinge verbessern und zeitgleich den Verwaltungsaufwand in den Kommunen minimieren. Wir fordern daher, die Abwicklung der Gesundheitsleistungen den gesetzlichen Krankenkassen zu übertragen, sodass bundesweit das möglich wird, was in Bremen seit 1993 geübte Praxis ist. Die Erstattung der Gesundheitskosten muss der Bund übernehmen. Wir betonen zudem, dass die Einschränkungen in der Kostenübernahme im Asylbewerberleistungsgesetz den täglichen Rahmenbedingungen nicht gerecht werden. Die gesundheitlichen Bedarfe der Flüchtlinge (z.B. Dolmetscherkosten in der Gesundheitsversorgung, Traumabehandlung

Fortsetzung auf Seite 5

Landkreis erwartet bis Ende September weitere 755 Asylsuchende.

2014 wurden im Landkreis Lüneburg 551 Flüchtlinge aufgenommen und von den Gemeinden entsprechend untergebracht. Hiervon kamen 156 Personen aus Syrien, 59 aus Serbien, je 48 aus Afghanistan und Montenegro, 43 aus dem Sudan, 41 aus Albanien, 21 aus dem Irak und je 19 aus Somalia und Pakistan.

Zum 31. 12. 2014 waren insgesamt 892 Flüchtlinge in Hansestadt und in der Fläche des Landkreises untergebracht, 505 Personen im Landkreis, 387 in der Hansestadt; davon 187 Kinder. 61 Personen haben ein Beschäftigungsverhältnis.

Für den Landkreis Lüneburg wurde im Dezember 2014 eine Verteilquote

Neues von der Willkommensinitiative Ostheide.

Nicht nur die Anzahl unserer Mitglieder ist seit dem letzten Artikel gewachsen, sondern auch die Anzahl der Asylbewerber



Sonntagskaffee in Barendorf

Jeden letzten Sonntag im Monat von 15 bis 17 Uhr

Kennenlernen Verstehen · Sprechen

Kalte und warme Getränke, Kekse oder Kuchen kostenlos

im Sport- und Dorfgemeinschaftshaus in Barendorf, Schulstraße 6

Momentan befinden sich 82 Asylbewerber, davon 19 Kinder in unserer Samtgemeinde. Sie kommen aus 17 verschiedenen Ländern und verteilen sich wie folgt: in Barendorf 31, in Neetze 24, in Vastorf 3, in Thomasburg 8, in Sülbeck 12 und in Reinstorf 4 Personen.

Neben der alltäglichen Hilfe bieten wir in Kleingruppen in Thomasburg, Neetze und Barendorf, einmal die Woche Deutschkurse an, die von den Flüchtlingen gerne angenommen werden.

Dieses Ziel Deutsch zu lernen, zu verstehen und zu sprechen an hat auch unser neuestes Projekt, ein Sonntagskaffee im Dorfgemeinschaftshaus Barendorf. Hier wollen wir uns mit den Flüchtlingen am letzten Sonntag im Monat zu einem zwanglosen Zusammensein und Austausch bei Kaffee, Tee, Kuchen und Gebäck zusammensetzen.



Auch Nichtmitglieder unserer Initiative sind sehr herzlich eingeladen.

Claudia Schoo

Falls Sie jemanden wissen, oder selbst Interesse an unserer Arbeit haben, senden Sie uns eine kurze eMail an: Willkommensini-Ostheide@gmx.de

untergebracht, 27 Personen in Barendorf, 25 in Neetze, 3 in Vastorf und 8 in Thomasburg. Die Personen stammen aus folgenden Herkunftsländern: Georgien 9, Somalia 8, Russland 7, Bosnien 6, Serbien 6, Elfenbeinküste 6, Libanon 5, Iran 4, Sudan 3, Albanien 3, Kamerun 1 und Syrien 1.

Bis September 2015 müssen weitere 44 Personen aufgenommen werden. Die Samtgemeinde Ostheide verfügt nach Erfüllung der neuen Quote über 93 Asylbewerber/innen. Die Unterbringung wird dezentral möglich sein, da bereits Wohnraum angemietet werden konnte. Die Betreuung dieser Personen sollte mit bestehendem Personal sowie einer 19,5 Stunden-Kraft im Bauhofbereich (Hausmeistertätigkeiten) sowie durch



Unterstützung der Integrationsbeauftragten mittelfristig sichergestellt werden können.
Brigitte Mertz

Ende 2014 waren in der Samtgemeinde Ostheide 59 Asylsuchende

Die ersten Monate im neuen Jahr:

Bericht der SPD-Bundestags-abgeordneten Hiltrud Lotze.



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, das neue Jahr ist gut gestartet:

Der Mindest-lohn steht!

Ich bin stolz, dass wir Sozialdemokraten dies nach über zehnjähriger Kraftanstrengung gemeinsam mit den Gewerkschaften geschafft haben. Für mich ist das ein historischer Meilenstein in der Arbeitspolitik. 3,7 Millionen Menschen profitieren vom Mindestlohn. Kellnerinnen, Frisöre, Verkäuferinnen – viele von ihnen haben bisher Löhne weit unter 8,50 Euro erhalten. Ich sage aber auch, dass ist nur der Anfang. Auf Dauer kann es nicht bei den 8,50 Euro bleiben. Deswegen wird die Höhe des Mindestlohns regelmäßig von einer Kommission geprüft. Nach dem Mindestlohngesetz müssen seit dem 1. Januar 2015 Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit aufgezeichnet werden. Dass ist für die Überprüfung der Einhaltung des Mindestlohns unumgänglich. Auch in unserer Region wurde immer wieder behauptet, diese Aufzeichnung sei zu bürokratisch. Das kann ich nicht nachvollziehen. Bei der Aufzeichnung müssen keine Formvorschriften eingehalten werden. Handschriftliche Notizen genügen. Bereits jetzt ist das in vielen Branchen gängige Praxis und Grundlage für die Lohnabrechnung. Deswegen stehe ich hinter der Aufzeichnungspflicht genauso wie hinter dem Mindestlohn.

Deutlich kritischer sehe ich die Verhandlungen zu den neuen Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Die Vorbehalte in der Bevölkerung sind groß, nicht zuletzt wegen der intransparenten Arbeitsweise der letzten EU-Kommission. Deswegen ist es umso wichtiger, Argumente auszutauschen. Dazu gab es am 23. Februar 2015 bei einer öffentlichen Veranstaltung im Willy-Brandt-Haus Gelegenheit. Gemeinsam mit Sigmar Gabriel, der EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, dem für TTIP zuständigen Berichterstatter im Handelsausschuss des Europaparlaments Bernd Lange und weiteren Experten und Expertinnen konnte das Publikum diskutieren. Unsere Position ist klar: Durch CETA und TTIP dürfen keine bestehenden Gesetze zu Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz sowie Sozialstandards in Deutsch-

land abgesenkt werden. Auch unser System der öffentlichen Daseinsvorsorge darf nicht der Liberalisierung preisgegeben werden. Rekommunalisierungen müssen weiterhin möglich sein. Bei dem zu Recht sehr kontrovers diskutierten Thema der Schiedsgerichte hat Sigmar Gabriel gemeinsam mit seinen sozialdemokratischen Amtskollegen einen demokratisch legitimierten Internationalen Handels-



gerichtshof vorgeschlagen. Das begrüße ich ausdrücklich, denn es würde internationales Recht stärken und öffnet eine Tür, die Verhandlungen konstruktiv fortzuführen. Für mich gilt: Freihandelsabkommen ja, aber nur mit guten Standards.

Im Wahlkreis wird auch ein anderes Thema heiß diskutiert. Das Thema Fracking löst in unserer Region, genau wie in Berlin, starke Emotionen aus. Wir haben versprochen eine Regelung einzuführen, die dem Schutz von Mensch und Umwelt den Vorrang einräumt. Barbara Hendricks und Sigmar Gabriel haben ein Eckpunktepapier vorgelegt, in dem genau dies geschieht. Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf, der noch nicht einmal im Kabinett verabschiedet ist, hat demgegenüber deutliche Schwächen, die von der CDU dort hineingeschrieben wurden. Als Beispiele seien hier die sogenannte Expertenkommission und die Behandlung des Lagerstättenwassers genannt. Wir niedersächsischen Abgeordneten werden ganz besonders auf eine Regelung schauen, die Mensch und Umwelt den Vorrang einräumt. Das habe ich auch in einer Podiumsdiskussion der Initiative „Wir gegen Fracking“ im Lüneburger Glockenhaus zugesagt. Auch unser Koalitionspartner gibt sich im Wahlkreis als Fracking-Gegner. Ob er in Berlin immer noch so viel Mut hat oder es reine Lippenbekenntnisse sind, werden wir in den nächsten Wochen feststellen können.

Ein weiterer Termin im Wahlkreis war mein Besuch in der Jugendwerkstatt Lüneburg. Gemeinsam mit der Leiterin Andrea Exner und weiteren Sozialpädagogen sprach ich über die Arbeit der Werkstatt. 28 junge arbeitssuchende Menschen werden dort begleitet und unterstützt. Ziel ist es, ihnen eine Anschlussperspektive zu bieten und sie für den Arbeitsmarkt fit zu machen. Ich war beeindruckt von



dem Engagement der Betreuer, aber vor allem auch von den Jugendlichen selber. Viele konnte ich bei meinem Rundgang durch die Werkstatt kennenlernen und mir ihre aktuellen Arbeiten zeigen und erklären lassen. Es war ein sehr informativer und aufschlussreicher Tag und bestimmt nicht mein letzter Besuch in der Werkstatt.

Liebe Bürgerinnen und Bürger kommen Sie mit Ihren Anliegen und Fragen gerne auf mich zu. Sie erreichen mein Wahlkreisbüro unter der Telefonnummer:

04131/6 06 97 04 oder unter hiltrud.lotze.wk01@bundestag.de

Forum für eine gerechte Umweltpolitik:

Sind die zwei Grad noch zu schaffen?

Laut dem aktuellen Sachstandsbericht des Weltklimarats IPCC ist das Ziel, die globale Erwärmung auf zwei Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen, gerade noch zu schaffen – wenn die globale Energieversorgung bis Mitte des Jahrhunderts weitgehend klimaneutral ist.

„Die Folgen des Klimawandels seien bereits heute zu beobachten, vor allem in den natürlichen Systemen der Kontinente und Ozeane, heißt es. Um die Risiken langfristig zu mindern, sei ein umfassender Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft notwendig. Jedoch könnten nicht alle Schäden vermieden werden und eine Anpassung an den Klimawandel sei in jedem Fall notwendig.“ Seit 2010 arbeiteten mehr als 3.000 Experten aus mehr als 70 Ländern an dem Bericht. Der fünfte Sachstandsbericht des Weltklimarates beschäftigt sich mit den wissenschaftlichen Grundlagen des Klimawandels. Er bestätigt im Grunde das, was schon lange vorhergesagt wurde. Denn die Erwärmung der Erdoberfläche seit 1850 hat sich als konstanter Trend gefestigt. Jede Dekade ist wärmer als die jeweils vorhergehende. Die Periode 1983 bis 2012 war wahrscheinlich die wärmste Periode der vergangenen 1400 Jahre. Die Erwärmung unterliegt starken Schwankungen, so der

Bericht. Die vergangenen 15 Jahre zwischen 1998 und 2013 zeigten mit 0,05 Grad eine geringere Erwärmung als der Zeitraum seit 1951 mit 0,12 Grad. Es ist extrem wahrscheinlich, so der Bericht, dass der menschliche Einfluss die dominante Ursache der beobachteten Erderwärmung seit Mitte des 20. Jahrhunderts darstellt.

„Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre hat den höchsten je gemessenen Stand erreicht, man bewege sich in einem gefährlichen Bereich“, sagen die Wissenschaftler. Die Bemühungen, die Emissionen zu verringern, seien fehlgeschlagen, hieß es. Seit Beginn der Messungen habe die Konzentration in jedem Jahr und immer stärker zugenommen. Trotz allem Klimaschutzgerede der Regierungen dieser Welt war 2012 mit etwa 34 Milliarden Tonnen CO₂ das Jahr mit den höchsten jemals erreichten CO₂-Emissionen, weltweit. 1990 wurden im Vergleich dazu nur 22 Milliarden Tonnen ausgestoßen. Auch in Deutschland stiegen im Jahr 2012 die CO₂-Emissionen um 1,6 Prozent – bis 2050 strebt Deutschland eine Minderung um 95 Prozent an. Es wird also höchste Zeit, dass sich die globalen Klimaschutzstrategien massiv ändern.

Karsten Reich

Quelle: Sachstandsbericht des Weltklimarats

Fortsetzung von Seite 3

Weltoffene Gesellschaft werden – Willkommenskultur etablieren – Kommunen unterstützen.

etc.) sind unzureichend abgesichert. Hierfür muss eine Lösung gefunden werden.

- Wenn die derzeit laufenden Besetzungen der zusätzlich geschaffenen Stellen beim BAMF nicht zügig zu der nennenswerten Beschleunigung des Asylantragsverfahrens führen, müssen weitere Maßnahmen zur Stärkung des BAMF ergriffen werden. Nur durch ein sorgfältiges und schnelles Asylantragsverfahren können die derzeitigen Kapazitäten in den Ländern und den Kommunen den steigenden Flüchtlingszahlen standhalten.
- Wir setzen uns darüber hinaus für die Erleichterung der Möglichkeiten zur einvernehmlichen länderübergreifenden Unterbringung von Flüchtlingen ein.

Der hohen Anzahl unbegleiteter Minderjähriger, die nach Deutschland flüchten und insbesondere die Großstädte und Stadtstaaten vor enorme Herausforderungen stellen, müssen wir zudem besondere Beachtung schenken. Um eine dem Kindeswohl entsprechende, bedarfsgerechte Versorgung, Betreuung und Unterstützung von unbegleiteten Kindern und Jugendlichen sicherzustellen, soll durch die gesetzliche Regelung ein am Kindeswohl ausgerichtetes Verteilungsverfahren nach dem Königsteiner Schlüssel zwischen den Ländern ermöglicht werden, das u.a. auch die verwandtschaftlichen Beziehungen berücksichtigt. Ebenso muss der Aufenthaltsstatus der Minderjährigen auch über das 18. Lebensjahr hinaus für die Dauer ihrer Ausbildung gesichert sein.

Die Integration der Flüchtlinge und Asylbewerber wird maßgeblich dadurch erleichtert, dass sie schnell aus den Erstaufnahme- und Übergangseinrichtungen in regulären Wohnraum ziehen können. Dafür muss die Schaffung von bezahlbaren Wohnraum, gerade in Ballungsgebieten, voran gebracht werden.

Neben der Unterbringung bedürfen die Flüchtlinge der Unterstützung im Alltag. Die Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Zusammenleben müssen daher gestärkt werden. Bereits während des Asylverfahrens sollen den Asylbewerbern Sprach- und Bildungsangebote, sowie ausreichend Integrationslotsen und -helfer zur Verfügung stehen. Die Integrationskurse des Bundes sollen daher auch für Asylsuchende, Gestattete und Geduldete geöffnet werden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten

fordern eine offene Gesellschaft, die den Flüchtlingen nicht nur eine sichere Bleibe gewährt, sondern eine echte Zukunftsperspektive anbietet.

Denn eines ist klar: Es kommt nicht darauf an, wo jemand herkommt, sondern wie er sich einbringen möchte. Als hochentwickeltes Industrieland ist Deutschland auf qualifizierte Fachkräfte angewiesen. Durch den demographisch bedingten Bevölkerungsrückgang sinkt jedoch das Angebot an qualifizierten Fachkräften. Diese Lücke müssen wir schließen, wenn wir wirtschaftlich stark und wettbewerbsfähig bleiben wollen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus Niedersachsen und Bremen setzen uns deshalb für eine aktive Integration der Asylbewerber und

Geduldeten in den deutschen Arbeitsmarkt ein.

Deutschland profitiert derzeit von einer hohen Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus der EU. Wenn sich die Beschäftigungslage im Süden Europas verbessert, wird der Zuzug aus diesen Ländern abnehmen. Es kommt daher auch auf qualifizierte Einwanderer aus Drittstaaten an, die bisher in erster Linie als Asylbewerber zu uns kommen.

Wir fordern ein transparentes Einwanderungsgesetz, das mit Hilfe klarer Regeln das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in eine offene Gesellschaft stärkt. Deutschland muss sich ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zukünftig als attraktives Land präsentieren, das Fachkräfte offensiv willkommen heißt.

Ein modernes Einwanderungsgesetz muss dabei,

- die verschiedenen Einwande-

rungsvorschriften in einem Einwanderungsgesetz bündeln und mit diesem Gesetz ein starkes Signal aussenden, dass Deutschland um die Einwanderung gut ausgebildeter Menschen wirbt.

- ein sorgfältig an Deutschland anzupassendes, kriteriengeleitetes Einwanderungssystem nach kanadischem Vorbild enthalten, um die Einwanderung aus Drittstaaten langfristig mit einem flexiblen und nachfrageorientierten Punktesystem bedarfsgerecht zu steuern.
- die Anerkennung ausländischer Abschlüsse verbessern und beschleunigen.

Wir unterstreichen, dass ein modernes Einwanderungsgesetz nicht im Widerspruch zu einem menschenfreundlichen Umgang mit Asylsuchenden und Flüchtlingen steht, der sich aus der humanitären Pflicht und dem Anspruch auf Asyl ergibt.



FOTO: SAMTGEMEINDE OSTHEIDE



Auch Sie können mit dem Dörferbus fahren ...

... falls Sie die dafür notwendigen Voraussetzungen erfüllen.

Aber das ist gar nicht so schwer: In den meisten Fällen regelt sich die Mitnahmeberechtigung allein über das Einkommen. Und hier werden Sie staunen: Allgemein formuliert darf das monatliche Einkommen das Vierfache des Regelsatzes nicht übersteigen. Im Klartext bedeutet dies:

Wenn Sie allein sind, darf Ihr Einkommen nicht höher als **1.596,- €** sein. Wenn Sie verheiratet sind, darf das Einkommen pro Person nicht höher als **1.440,- €** sein. Dies bedeutet, dass fast alle Rentnerinnen und Rentner der Samtgemeinde Ostheide unabhängig von ihrer gesundheitlichen Situation den Dörferbus nutzen können.

Beantragen Sie deshalb den Fahrausweis einfach bei der Samtgemeinde Ostheide unter:

04137/80 08 31
oder 04137/800833.

Wenn Sie die Mitfahrberechtigung haben, können Sie sich zweimal pro Woche tagsüber direkt zu Zielen innerhalb der Samtgemeinde Ostheide oder der Hansestadt Lüneburg fahren lassen – egal aus welchem Grund.

Einmal im Monat, wenn auch die Rentenberatung in der Samtgemeinde stattfindet, können Sie nachmittags die Tour zur Sparkasse und zur Verwaltung nutzen.

Für alle Fahrten müssen Sie sich nur zwei Tage vorher in der Samtgemeinde melden und den genauen



Termin mit den dortigen Mitarbeiterinnen absprechen.

Martina Habel

Herzlich Willkommen, liebe Babys!

Der Landkreis Lüneburg hat für das Jahr 2015 Mittel für Babybegrüßungsangebote aus Mitteln der Bundesinitiative „Frühe Hilfen“ beantragt.

Nach Abzug der Kosten für die Familienhebammen und die gemeinsam mit der Hansestadt betriebene Koordinierungsstelle „Frühe Hilfen“ verbleiben in 2015 knapp 12.000 Euro, die den Samt- und Einheitsgemeinden für Babybegrüßungsangebote zur Verfügung stehen.



Samtgemeindebürgermeister Norbert Meyer beteiligt sich sehr gerne an dieser Aktion und hat sich für Lätzchen mit dem Samtgemeindeologo als kleines Begrüßungs-geschenk entschieden. Zweimal im Jahr werden nun an die Eltern der Babys ein Glückwunschsreiben, Informationsmaterial und das Geschenk verschickt. Dieses Projekt wird jeweils von den Auszubildenden der Samtgemeindeverwaltung durchzuführen sein.

Eine nette Geste der familienfreundlichen Samtgemeinde Ostheide!

Brigitte Mertz

Barendorf: Sportlerehrung 2014.

Die Sportlerehrung der Samtgemeinde Ostheide für erfolgreiche Kinder, Jugendliche und Erwachsene aus den Sportvereinen der sechs Mitgliedsgemeinden fand traditionell am dritten Freitag im Februar in der Aula der Grundschule Barendorf statt.

Viele erfolgreiche Sportlerinnen und Sportler waren der Einladung gefolgt, dazu Angehörige, Vereinsvertreter, Mitglieder des Samtgemeinderats sowie Bürgermeister mit Mitgliedsgemeinden.

In seiner Begrüßung betonte Samtgemeindebürgermeister Norbert Meyer die Bedeutung des Sports in der Ostheide und dankte allen Beteiligten in den Sportvereinen, aber auch den Eltern der sportlichen Kinder und Jugendlichen, für die geleistete Arbeit: „Ohne Ihren Einsatz wären wir in unseren sechs Mitgliedsgemeinden um unser wohl bedeutendstes Freizeitangebot ärmer! Ich sage Ihnen auch zukünftig zu, dass Ihnen die Sporthallen der Samtgemeinde für die Ausübung Ihres Sports kostenlos zur Verfügung stehen.“

Zwischendurch zeigten die Tanzmäuse des TuS Barendorf unter der Leitung von Maike Susette Janssen ihr Können auf der Bühne. Besonders gefiel dabei die Gruppe der kleinen Piraten mit ihren ausdrucksstarken Kostümen.



Die Tanzmäuse des TuS Barendorf.



FOTOS MARTIN PETERS

Vastorfer SK, Alte Herren, Kreismeister. Dennis Neumann, Leiter des Ordnungsamts, führte wie schon in den vergangenen Jahren kurzweilig durch das Programm und ging während seiner Moderation im Gespräch mit einzelnen Sportlerinnen und Sportlern auch auf deren Sportarten und sportlichen Erfolge ein.

Die Ehrung der 176 von den Vereinen gemeldeten Sportlerinnen und Sportler nahmen Samtgemeindebürgermeister Norbert Meyer, seine Stellvertreter Bernd Hein und Rolf-

KKSv Wendisch Evern, Sommerbiathlon Jugend, Deutsche Meisterschaft.

Bernd Zantop sowie Fachausschussvorsitzender Martin Peters und die Vorsitzenden der beiden großen im Rat vertretenen Gruppen und Fraktionen vor.
Die Erfolgreichen wurden namentlich in vier Gruppen aufgerufen und vor die Bühne gebeten:
Kreismeister in Gruppe 1,
Bezirksmeister in Gruppe 2,
Landesmeister in Gruppe 3,
Teilnehmer/innen an Deutschen Meisterschaften in Gruppe 4.

der Becher schon morgens beim Frühstück motivieren, weiterhin Ihren Sport erfolgreich auszuüben“, so Samtgemeindebürgermeister Meyer. Den Sportlerinnen und Sportlern der 4. Gruppe wurde als besonderes Präsent noch ein Einkaufsgutschein für Sportartikel im Wert von 20 Euro überreicht.

Der Abend klang traditionell mit einem „gemütlichen Teil“ aus, bei dem es wiederum leckere belegte Brote und Getränke gab, vor allem aber Gelegenheit, um miteinander ins Gespräch zu kommen.

Zusätzlich zu den Urkunden erhielten die Geehrten in diesem Jahr weiße Porzellanbecher mit dem Aufdruck „Sportlerehrung 2014“ als Anerkennung für ihr sportlich so erfolgreiches Jahr 2014. „Möge Sie



Martin Peters

Butterblume
O. Groth
Beim Imkerhaus 2
21397 Barendorf
Tel.: (04137)74 40

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag: 8 bis 19 Uhr
Samstag: 8 bis 16 Uhr
Sonntag 10 bis 12 Uhr

Ökologischer Holzbau • Dämmtechnik • Dachsanierung

Arne Jacob Zimmerei

Ihr Fachbetrieb aus der Ostheide

- nachträgliche Dämmung des Dachstuhl und des zweischaligen Mauerwerkes
- Dachsanierung, Dacheindeckung und Dachfenster – Roto Profipartner
- Umbau, Anbau, Neubau und Dachaufstockungen in Holzrahmenbauweise

Wohnfühlen in Holz!

Am Alten Sägewerk 28 | Tel.: 04137 - 34 30 | info@zimmerei-jacob.de
21400 Holten | Fax: 04137 - 32 47 01 | www.zimmerei-jacob.de

Wirtschaftspolitik der SPD.

Auf der Niedersachsenkonferenz der SPD Mitte Januar hat unser Ministerpräsident Stephan Weil ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es bei der Neufassung des Wirtschaftsprogramms der SPD darum geht, möglichst viele Aspekte und Fragen, die im Zusammenhang mit Arbeit und Wirtschaft auftreten, zu sammeln, zu diskutieren, zu bewerten und schließlich in ein neues Wirtschaftsprogramm münden zu lassen.

Hierbei soll es ausdrücklich auch um Fragen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zu Ausbildung und Qualifizierung, zu Gleichberechtigung usw. gehen, weil die Antworten hierauf Einfluss auf den Arbeitsmarkt und damit die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte haben. Aber auch Fragen und Anregungen zu Wirtschaftsförderung oder Grenzen für wirtschaftliche Interessen u. ä. gehören dazu. Außerdem soll die ganze Partei an diesem Prozess beteiligt werden – also auch wir in der SPD Ostheide.

Die Ideen, die wir deshalb auf der letzten SPD-Mitgliederversammlung gesammelt haben, sind ent-

sprechend vielseitig. Von der besseren Breitbandversorgung für Betriebe auch im ländlichen Raum bis zur Schaffung von Arbeitsplätzen nicht nur in Ballungsräumen wurde vieles diskutiert. Wie kann der Mindestlohn kontrolliert und die phantasievollen Umgehungsstrategien der Firmen verhindert werden? Wie kann der Fachkräftemangel gemildert werden? Kann ein Einwanderungsgesetz helfen? Wollen wir öffentliche oder private Investoren im Gesundheitswesen? Wie kann erreicht werden, dass die Ausbildung für alle jungen Menschen kostenlos und in einem zeitlich angemessenen Rahmen erfolgt? Wie kann die Attraktivität des sozialen Dienstleistungsbereichs erhöht werden? Wie kann Leistung in Berufen, in denen intensiv gearbeitet wird, bewertet werden? Steht das Ziel Wirtschaftswachstum immer noch an erster Stelle oder muss eine nachhaltige Wirtschaft Ziel unserer Wirtschaftspolitik sein?

Alles spannende Fragen, für die in den nächsten Monaten Lösungen gefunden werden sollen. Wir haben unseren Beitrag geleistet.

Martina Habel



vl.n.r. Angela Lütjohann (SPD Ortsverein Scharnebeck), Detlef Tanke (stellv. Vorsitzender der SPD Landtagsfraktion), Hiltrud Lotze (Abgeordnete des Bundestages), Olaf Lies (Wirtschaftsminister Niedersachsen) und Martina Habel (Vorsitzende des SPD-Ortsvereins) bei der Niedersachsenkonferenz der SPD zum Thema Wirtschaftspolitik.

Neues Schulgesetz ist ein Bildungschancengesetz.

Das neue Schulgesetz wird die Bildungschancen für Schülerinnen und Schüler verbessern:

„Wir sind zufrieden, dass das neue Gesetz uns vor Ort mehr Handlungsmöglichkeiten eröffnet. Dadurch können wir den Elternwillen stärker berücksichtigen und die Verbesserungen schon zum Schuljahr 2015/2016 umsetzen“, erklären dazu Brigitte Mertz und Martin Peters, Mitglieder des Kreisschulausschusses.

Deutlich bessere Ganztagschulen, das moderne Abitur nach 13 Jahren an den Gymnasien, die Dritte Kraft in den Krippen – „Das sind nur drei Beispiele, wie die SPD-Landesregierung die Bildung in Niedersachsen stärkt, um die Schullandschaft in unserem Landkreis zukunftsfähig zu gestalten“, so die Stellvertretende Kreisschulausschussvorsitzende Brigitte Mertz.

Die Behauptung von CDU, FDP und Philologenverband, Gymnasien würden geschwächt, hält Martin Peters für absurd: „Nach dem Scheitern des Turbo-Abiturs führt die SPD-Landesregierung ein zeitgemäßes Abitur nach 13 Jahren an den Gymnasien ein. Wer will, kann auch schneller die Hochschulreife erwerben. Mit der Novelle werden mehr Schülerinnen und Schüler das moderne Abitur am Gymnasium schaffen. Das ist sozialdemokratische Gerechtigkeit in einem Schulsystem, das nicht aussortiert, sondern jeden nach seinen Möglichkeiten fördert.“

Die Opposition in Niedersachsen tut den Gymnasien mit ihrem plumpen Feldzug gegen Gesamtschulen keinen Gefallen. Die Gesamtschule als ersetzende Schulform ist eine Forderung aus zahlreichen Kommunen

in Niedersachsen. „Gymnasien sind die am stärksten gewählte Schulform in ganz Niedersachsen. In Lüneburg wechseln über 50 % der Kinder auf ein Gymnasium. Es ist völlig unverständlich, in Gesamtschulen eine Gefahr für Gymnasien zu sehen“, so Brigitte Mertz. Für diese Verbesserungen investiert die Rot-Grüne Regierungskoalition in der Legislaturperiode 2013 – 2018 mehr als eine Milliarde Euro zusätzlich für Bildung. Der Etat für Bildung ist mit 5,3 Milliarden Euro allein für 2015 der größte Haushalt aller Ministerien.

„Wir wollen faire Bedingungen für die Schulplanung der Städte und Gemeinden. Kinder und Jugendliche brauchen genug Zeit zum Lernen und zum Leben, rhythmisiert über den Tag verteilt guten Unterricht und gemeinsame Freizeit in vernünftig ausgestatteten Ganztagschulen. In einem attraktiv gestalteten schulischen Ganztagsangebot sollen auch Musikschulen, Volkshochschulen, kulturelle Einrichtungen und Sportvereine mitwirken können.“ Dass das Ziel für mehr Ganztagschulen nur ein gemeinsamer Weg mit Schulen und Eltern sein kann, ist den beiden Kreispolitikern bewusst. „Schule kann sich nur von innen weiterentwickeln, dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Das wollen wir im Landkreis weiter konstruktiv begleiten und unterstützen.“



Brigitte Mertz und Martin Peters

Sven Otter · Haustechnik
Mobil 0172 - 417 86 90

Neetzer Hof
Hotel & Restaurant Ellice

Betriebsparty, Weihnachtsfeier, Familienfest... Jetzt ist wieder Zeit zum Feiern, und das können Sie bei uns so individuell & persönlich, wie in den eigenen vier Wänden.

Egal, ob kleine oder große Feste: Ihre ganz speziellen Wünsche erfüllen wir dabei herzlich gern.

Wann sehen wir uns?

Bleckeder Landstraße 1
21398 Neetze
Tel. (058 50) 970-0

Reinstorf:

Haushalt 2015.

Wie jedes Jahr im Dezember, beschloss der Rat der Gemeinde Reinstorf in seiner wichtigsten Sitzung des Jahres 2014 den Fahrplan für das Haushaltsjahr 2015.

Die Aussprache zum Haushalt verlief ruhig und harmonisch. Somit beschloss der Rat der Gemeinde Reinstorf einstimmig den Haushalt 2015 nebst Satzung.

Der Haushalt umfasst im Ergebnis 919.100,00 Euro und im Verwaltungshaushalt 799.000,00 Euro. Die Grundsteuer A und B, sowie die Gewerbesteuer bleiben bei 350 v.H.

Neben Samtgemeinde- und Kreisumlage ist wie immer das Produkt „Kindergärten und -krippen“ mit einem Ansatz von 54.000 Euro größter Posten im Haushalt und das ist auch gut so! Das beste Angebot von Erziehung und Bildung bieten die zahlreichen Einrichtungen in der Samtgemeinde Ostheide für die Kinder in der Gemeinde. Hinzu kommen die freiwilligen Leistungen für die Jugend. Sie bieten ein breites Spektrum von Förderung und Unterstützung. Weiterhin teilen sich die freiwilligen Leistungen der Gemeinde Reinstorf auf in Sportförderung, Heimat- und Kulturpflege, Jugendarbeit, Jugendräume/Jugendheime, Förderung von Kindern, die Unterstützung der Vereine und der Zuschuss zum ASM (Anruf Sammelmobil) und ÖPNV. Weitere prägnante Produkte sind die Unterhaltung der Straßen und die Gas- und Elektrizitätsversorgung.

Kontraproduktiv belastet wird der Haushalt u.a. von den Wasserverbandsabgaben, die jedes Jahr fortlaufend mit 31.000 Euro zu Buche schlagen. Statt wie in anderen Gemeinden (z.B. Thomasburg u. Neetze) die Verbandsabgabe direkt vom Grundstückseigentümer prozentual nach seiner Grundstücksgröße vom Ilmenau Verband einzuziehen zu lassen, wird in Reinstorf

die Abgabe pauschal vornehmlich aus dem Steueraufkommen bezahlt. Die Übernahme dieser Kosten haben in den 1970iger Jahren unsere Ratsleute beschlossen und die Gemeinde Reinstorf kann diesen Beschluss nicht mehr rückgängig machen. Einmal beschlossen für immer gültig. Was sich die Ratsleute damals wohl dabei gedacht haben? Wer die damalige Zusammensetzung des Rates kennt, kann sich die Antwort denken . . . Die Last dieser Bürde wiegt schwer. Jahr für Jahr verliert die Gemeinde viel Geld, das bessere Verwendung in Bildung, Erziehung und Infrastruktur finden könnte. Wollen wir das Beste hoffen, dass bald eine rechtliche Änderung eintritt.

Weiterhin können immer noch nicht die Anliegerbeiträge für den Straßenausbau „Am Vitusbach“ eingezogen werden, weil das rechtlich erst möglich ist, wenn die Flurneu-

ordnung abgeschlossen ist. Aber auch hier gibt es Hoffnung, denn die Rechtsprechung schläft nicht, hat das Problem erkannt und versucht nachzubessern.

Die Gemeinde wartet immer noch auf eine Förderzusage der Dorferneuerung. Für den Ausbau der Kreuzung in Horndorf. Hier wäre ein positives Signal vom Amt für Landentwicklung wünschenswert, denn die Kreuzung fällt auseinander und muss dringend saniert werden. Für den Ausbau der Wendenstraße in Wendhausen im Rahmen der Dorferneuerung stehen wie schon im Vorjahr 20.000 Euro Planungskosten im Haushalt. Hier wartet die Gemeinde darauf, dass das Amt für Landentwicklung das Startsignal für den Antrag gibt.

Für die zügige und kompetente Ausarbeitung des Haushalts 2015 möchte ich unserm Kämmerer Herrn Behr, danken. Herr Behr hat in Zusammenarbeit mit unserem Gemeindedirektor Herrn Schlikis und unserem Bürgermeister Burkhard Bisanz die Parameter einer soliden und bestandsfähigen Haushaltspolitik, wie zu Zeiten von Herrn

Sievers, rechtzeitig zu Beginn des neuen Haushaltsjahres prüffähig zusammengefasst. Mit viel Gespür für die Belange der Menschen in der Gemeinde haben Burkhard Bisanz und Andree Schlikis die Produkte im Haushalt 2015 kompetent in den Rat gebracht. Außerdem haben sie die Signale und Vorgaben aus der Politik und dem Rat der Gemeinde erkannt, aufgenommen und zusammengefasst. Entstanden ist wieder ein Zahlenwerk, das die Gemeinde richtungsweisend durch das Jahr 2015 führen kann.



Karsten Reich

Gesprächskreis für pflegende Angehörige.

Am 23. 4. 2015 um 19.30 Uhr bietet das Team der „Alternativen Tagespflege“ einen Gesprächskreis für pflegende Angehörige in ihrer Einrichtung am Süttorfer Weg 20 A, 21398 Neetze, an.

In gemütlicher Atmosphäre kann ein Austausch zwischen pflegenden Angehörigen sowie Beratung und Informationen rund um die Pflege und Pflegeleistungen der Pflegekassen stattfinden.

Um telefonische Anmeldung unter 05850/97 13 42 wird gebeten.



Nutzen sie dieses tolle Angebot und lassen sie sich beraten.

Kai-Erik Friese

SPD-Vorstand der Abteilung Reinstorf neu gewählt.



Der stellv. Vorsitzende der SPD Ostheide Burkhard Bisanz gratuliert den beiden einstimmig Gewählten: 1. Vorsitzender Frank Maruhn sowie 2. Vorsitzender Karsten Reich.

WIR SETZEN DEN FOKUS FÜR SIE!

Steuerberater
Dipl.-Kfm.
PETER RICHTER

Burgmühlenweg 2a
29439 Lüchow

Fon: 05841 - 97 99 4
Fax: 05841 - 97 99 60

richter@richter-hauser.de
www.richter-hauser.de

RH

RICHTER HAUSER
DIE STEUERBERATER
IN NEETZE + LÜCHOW

Steuerberater
FRANK HAUSER

Bleckeder Landstraße 3
21398 Neetze

Fon: 05850 - 97 11 200
Fax: 05850 - 97 11 208

hauser@richter-hauser.de
www.richter-hauser.de

Professionelle Betreuung in entspannter Wohlfühlumgebung

Tätig im gesamten Landkreis Lüneburg

www.alternative-pflege.net

ALTERNATIVE

TAGES PFLEGE

Cordula Alemeier

PFLEGE

Süttorfer Weg 20a in Neetze

05850 / 9726253

AMBULANTE PFLEGE

05850 / 971342

Barendorf:

Unfug konnte verhindert werden.

Der Aufreger der letzten Wochen war in Barendorf ein Antrag des Bürgerforums. Darin wurde die Samtgemeinde aufgefordert, den Flächennutzungsplan zu ändern. Im Südwesten von Barendorf sollte die Möglichkeit zum Sandabbau geschaffen werden. Eine Sandgrube in der Hauptwindrichtung?

Alle fragten sich, was dieser Blödsinn soll. Der Gemeinderat hatte einen Beirat berufen, der ihn bei seiner Ablehnung der A 39 beraten und unterstützen sollte. Dessen Vorsitzender ist der Bürgermeister. Diese sachkundigen Personen sind jetzt zu der Erkenntnis gekommen, dass der Bau der A 39 auf der geplanten Trasse mit den bisherigen Argumenten nicht mehr verhindert werden kann. „Der Klageweg ist nach eingehenden Recherchen kaum sinnvoll...“, stand in einem Brief an die Fraktionen zu lesen. Es sei denn, Barendorf plane im Südwesten eine Sandgrube. Dann könnten wirtschaftliche Interessen geltend gemacht werden. Die Trasse könnte nach Westen abgedrängt werden. Für die PWC-Anlage wäre dann kein Platz mehr. Man müsse ja nur die Planung behaupten. In Wirklichkeit wolle doch niemand eine Sandgrube an dieser Stelle. Einen Flächennutzungsplan könnte man ja auch wieder ändern.

Das, so vertrat es die SPD-Fraktion, könne vielleicht eine Position einer Bürgerinitiative sein, die nicht sagen will, dass sie gescheitert ist. Ein Gemeinderat kann sich auf so etwas nicht einlassen. Jeder würde auf Anheb erkennen, dass das eine Verhinderungsplanung ist. Die ist unzulässig. Sie würde weder den Landkreis noch die Straßenbaubehörde beeindrucken. Schon gar nicht ein Verwaltungsgericht. Von

allen könnte das aus formalen Gründen einfach vom Tisch gewischt werden. Was bliebe, wäre eine Änderung des Flächennutzungsplans. Wie unkundig muss man eigentlich sein, wenn man nicht weiß, dass sich der nicht einfach mal in die eine und dann wieder in die andere Richtung ändern lässt.

Eine Sandgrube in der Hauptwindrichtung würde über das halbe Dorf Flugsande verteilen. Der LKW-Verkehr würde über Jahrzehnte massiv vermehrt werden. Barendorf hätte dann nicht nur die A 39 sondern auch noch diese Belastungen zusätzlich zu verkraften. Die Autobahnbauer würden sich freuen. Die brauchen jede Menge Sand und Kies. Den hätten sie dann direkt an der Baustelle.

Die SPD-Fraktion forderte, dass nicht einfach weitergerannt wird. Stattdessen müssten Alternativen überlegt werden, wie mit diesen „neuen“ Erkenntnissen verantwortlich umgegangen wird. Wenn sich die A 39 und die PWC-Anlage nicht verhindern lässt, gibt es Möglichkeiten für mehr Lärmschutz? Statt Geld und Kraft für sinnlose Klagen auszugeben sollte überlegt werden, ob die Gemeinde notfalls auf eigene Kosten in dieser Richtung aktiv werden kann. Dann würden Steuergelder für die Bürger verwandt und nicht für... Der Antrag fand nur bei den anwesenden zwei Mitgliedern des Bürgerforums und dem Ratsmitglied der Grünen Zustimmung. Die SPD-Fraktion und die der CDU lehnten ihn ab.



Barendorf bleibt eine Sandgrube im Südwesten hoffentlich auf Dauer erspart.

Siegfried Kubiak

Reinstorf:

Aus der Region – Für die Region.

Der Wirtschaftskreis Reinstorf zielt auf die 100. Mitgliedschaft ab!

100 Mitglieder bedeuten 100 Unternehmen! Ja, auch ländlich geprägte Regionen haben vielfältig geprägte Unternehmensformen. Neben den traditionell landwirtschaftlichen Berufen erleben wir eine positive Entwicklung der Diversifikation in der Unternehmenslandschaft: Handwerk und Landwirtschaft, Kunst und Wohlbefinden, Recht und Steuern, Werbung und Beratung, Einkaufen und Freizeit sind einige Bereiche, die die Vielfalt der in Reinstorf bis im Umkreis der Ostheide ansässigen Betriebe bestätigen.

Der Wirtschaftskreis Reinstorf ist die Heimat von nahezu 100 Unternehmungen geworden, mit wachsender Popularität. Unter dem Vorsitz von Josef Germann agiert der Wirtschaftskreis als Werbeschilde für gute Arbeit und bürgerliches Engagement. So haben wir auf der diesjährigen Mitgliederversammlung mit Freude erfahren, wie vielfältig die Tätigkeiten dieses Kreises im Jahr 2014 waren. Dazu gehörten die Gestaltung und Einweihung des Werbeanhängers, die Teilnahme am Bauernmarkt mit einem Glücksrad, deren Einnahmen den ActionKids gespendet wurde. Werbeaktionen wie die neuen Ortspläne in Barendorf, durch deren Einnahmen wiederum eine Parkbank gesponsert

wurde, die Installation des Grüne-Seiten-Schildes in Neetze, bis hin zu Vernetzung und Austausch mit anderen Vereinen.

Der Vorstand legte eine vorbildliche Leistung vor, die gute Arbeit wurde prompt mit der Wiederwahl des gesamten Vorstandes bestätigt.

„Wir sind nicht Stadt“, aber wir haben das fachliche know-how in vielen Bereichen und setzen es als unternehmerische Leistungen um. Unsere UnternehmerInnen können auch etwas anderes: sich organisieren und als Netzwerk an die Öffentlichkeit treten, ganz nach dem Motto „Aus der Region – Für die Region“.

Der Wirtschaftskreis hat den Puls der Zeit erkannt, alte Handwerkskunst und neue Arbeitsformen sind keine Widersprüche, der moderne Mensch braucht beides und er möchte dies umweltschonend und sozial verträglich gestalten. Auch in dieser Hinsicht ist Unterstützung und Erhalt der örtlichen UnternehmerInnen sowohl für die Einzelnen wie auch gesamtgesellschaftlich von hoher Priorität.




Der Wirtschaftskreis Reinstorf ist das beste Beispiel und die beste Adresse dafür!

Burkhard Bisanz



v.l.n.r.: Josef Germann, Bernd Hammann, Tanja Gerhus, Frank Hagedorn, Nicole Gwerner, Manfred Großmann.



Elke Buchali
PHYSIOTHERAPEUTIN

Am Kamp 4
21398 Neetze

05850/ 971 226

0151/ 548 376 15



Sti(e)lvoll
Claudia Schnoor

Unsere Öffnungszeiten:

Mo. - Fr. 09.30 - 13.00
14.30 - 18.30

Sa. 08.30 - 13.00

Lüneburger Landstr. 20
21398 Neetze

0151/51245145

Thomasburg:

Bebauungsplan auf den Weg gebracht.

In Bavendorf konnte das Neubaugebiet „Hinter den Bauerngärten“ im letzten Jahr geschlossen werden.

Thomasburg hat daraufhin weitere Bauplätze aufzuweisen. In den letzten Wochen wurde dann das Neubaugebiet „Furth II“ auf den Weg gebracht. Derzeit gibt es noch planerische Schwierigkeiten, die überwunden werden müssen. Der Umweltbericht und die Abwägung der Äußerungen im Rahmen der Beteiligung anderer Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange waren doch sehr umfangreich.

Im Zuge der Erschließung dieses Baugebietes wird der Spielplatz in den zweiten Abschnitt verlegt. Weitere Neuerungen können sie demnächst hier lesen.

Axel Muth

**Gemeindebücherei
in der Aula der Grundschule
Neetze**



**geöffnet: Montags
von 16.30 bis 18 Uhr**

Thomasburg:

Kindergarten wird durch Krippe erweitert.

Die Erweiterung der Krippenplätze in der Samtgemeinde Ostheide wurde in den letzten beiden Jahren stark vorangetrieben.

Im ersten Schritt wurde die Krippe in Barendorf erweitert und im zweiten Schritt die Krippe in Wendisch Evern neu gebaut. Auch in Neetze wurde die Krippe neu gestaltet.

Im vorerst letzten Schritt wurde der Kindergarten Thomasburg um eine Gruppe erweitert, die Kinderkrippenplätze anbietet. Es handelt sich um 5 – 7 Plätze, die seit dem 2. 3. 15 zur Verfügung stehen.

Da das Krippenwesen auf die Samtgemeinde übertragen wurde, beteiligt sich die Samtgemeinde an den Personalkosten und auch an der Einrichtung, die natürlich auch vom

Land Niedersachsen gefördert wurde. Um dem Betreuungsschlüssel gerecht zu werden, wurde eine zusätzliche Kraft kurzfristig eingestellt.

Hier ist klar zu erkennen, dass Wahlversprechen eingehalten werden. Unser Ministerpräsident hat den Ausbau der Krippenplätze in Niedersachsen versprochen, in der Osthei-

de gehen wir hier mit sehr gutem Beispiel voran. Mein Dank geht in diesem Fall insbesondere an unseren Bürgermeister Dieter Schröder und seinen Stellvertreter Wolfgang Strohmeier, die dieses Projekt akribisch vorangetrieben haben. Auch die Mitarbeiter der Samtgemeinde möchte ich hier natürlich nicht vergessen. Dieses Projekt wurde relativ unbürokratisch und vor allem sehr zügig umgesetzt.

Axel Muth



FOTOS: AXEL MUTH

Neetze:

Verabschiedung Helga Kiehn.

Aus persönlichen und gesundheitlichen Gründen hat Ratsfrau Helga Kiehn ihr Mandat im Gemeinderat Neetze zurückgegeben.

Helga war 18 Jahre im Neetzer Rat tätig. Sie war Vorsitzende des Finanz- und Dorfausschusses und hat sich immer mit dem Thema Dorf und Jugend befasst. Sie war ein zuverlässiges und geschätztes Mitglied des Rates und insbesondere der Fraktion.

Bürgermeister Hagemann dankte ihr für die langjährige Tätigkeit und Umgänglichkeit. Er wünschte ihr Gesundheit und alles Gute für den weiteren Lebensweg.

Helga sagte: „Mir wurde alles zuviel und ich muss Abstriche machen. Mir



hat die Arbeit im Gemeinderat viel Spaß gemacht und ich gehe nun mit einem lachenden und einem weinenden Auge.“

Auch wir danken Helga für die vielen Jahre im Rat und in der Fraktion. Wir haben ihr Wissen, ihren Rat und ihre Einwände immer geschätzt und manchmal hat sie uns klar gemacht, was „gar nicht geht“. Sie wird uns fehlen, nicht nur menschlich sondern auch mit ihrem Fachwissen rund um Kinder.

Wir wünschen Helga Gesundheit, weniger Stress und ein wenig Ruhe für sie selbst.

Brigitte Mertz

im Namen der SPD-Fraktion Neetze



Thomasburg:

Alter Friedhof.

Vor einiger Zeit wurde das Projekt alter Friedhof in Thomasburg begonnen.

Die Zuschüsse verschiedener Träger wurden investiert, um den alten Friedhof wieder zu erneuern. Es wurden neue Tore und eine Infotafel mit Sitzbänken eingebaut.

Im Frühjahr soll an der Straße ein Häuschen für Radfahrer gebaut



werden. Damit wird ein weiterer Punkt der Dorfverschönerung fertiggestellt sein.

Axel Muth

RAINER VON THIENEN

- Kaminöfen (auch mit Heizungsunterstützung)
- Kaminkassetten
- Kaminanlagen
- Schornsteine
- Vor-Ort-Beratung

Beim Imkerhause 2 • 21397 Barendorf
Telefon: 04137.6489490 • www.kaminofen-lueneburg.de

IHR GÄRTNER
Service für Haus & Garten

Jan Daniel Mullikas

IHR GÄRTNER aus Neetze für den Raum Lüneburg und Umgebung
0160 / 5419013
info@ihr-gaertner-online.de

Vastorf:

Straßenausbausatzung.

Im Dezember letzten Jahres wurde im Bau-Wege-Ausschuss und in der öffentlichen Ratssitzung heftig über eine Straßenausbausatzung diskutiert. Der Rat sah es als notwendig an, eine solche zu erlassen.

Hintergrund ist der allgemeine Zustand des Straßennetzes und die finanzielle Lage der Gemeinde. Seit Jahren wurden die Straßen nur geflickt und gesplittert.

Eine Sanierung aus reinen Haushaltsmitteln ist nicht zu finanzieren. Auch unter den Ratsmitgliedern wurden Möglichkeiten der Finanzierung diskutiert, so z.B. eine Grunderhöhung. Eine Lösung die erst in vielen Jahren die Finanzierung sichern würde. Das Aufnehmen einer Eckgrundstücksregelung, rechtlich anfechtbar und daher nicht zweckmäßig. Auch die Abrechnung von einzelnen Baumaßnahmen wurde erörtert, diese würde aber auf Grund der Straßen-

bebauung keinen Vorteil bringen (keine beidseitigen Rad/Gehwege). Der Vorschlag einiger anwesender Bürger auch Straßennutzer (hier landwirtschaftlicher Verkehr/ Rübentaster usw.) an den Kosten zu beteiligen, ist aus Sicht der Verwaltung nicht umsetzbar. Eine frühzeitige Beteiligung der Anwohner und Transparenz der geplanten Maßnahmen war dem Rat wichtig, dieses wurde auf Wunsch der Bürger auch in der Satzung aufgenommen. Die verabschiedete Satzung sieht vor, dass die Anlieger je nach Art der Straße an den Kosten beteiligt werden. Mit entscheidend ist auch die Grundstücksgröße und die Bebauung. Folgende Anteile sind festgelegt.

Anliegerstraße:

25% Gemeinde
75% Anlieger

Durchgangsstraße:

70% Gemeinde
30% Anlieger

Innerörtlich:

60% Gemeinde
40% Anlieger.

In den anderen Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinde sind ähnliche Satzungen gültig, hier wurden überwiegend positive Erfahrungen gesammelt.

Der Rat der Gemeinde Vastorf sieht in ihrer Satzung die Möglichkeit einer besseren Zukunftsplanung und die Chance auf den Erhalt von Fördergeldern.

Auf Grund des zu erstellenden Straßengutachtens und der darauf aufbauende Prioritätenliste, ist nicht davon auszugehen, das in den nächsten drei Jahren mit Sanierungsarbeiten begonnen wird.



Peter Lade

Leserbrief:

Straßenausbausatzung in Vastorf am

22. 12. 2014 beschlossen.

Der Gemeinderat Vastorf verabschiedete eine neue Straßenausbausatzung, das bedeutet beim Ausbau von Straßen müssen die Anlieger bis zu 75 % der Kosten tragen.

Der guten Ordnung halber weise ich darauf hin, dass die Gemeinde Vastorf seit 2003 eine Straßenausbausatzung hat und diese auch hätte anwenden können. Jedoch ist die Satzung unter Bürgermeister Peter Klein nie angewandt worden.

Die neue Satzung ist nur dem Gesetz angepasst worden, und somit kann der Gemeinderat nicht für die Straßenausbausatzung verantwortlich gemacht werden.

Eduard Sieben

Vastorf:

Doppelhaushalt verabschiedet.

Der Vastorfer Gemeinderat hat als zweite Gemeinde in der Samtgemeinde Ostheide einen Doppelhaushalt aufgestellt.

Ziel ist es langfristiger zu planen. Der Ergebnishaushalt der Gemeinde weist für das Jahr 2015 ein Minus von 63.000 € auf, im Folgejahr ein Minus von 58.000 €.

Durch Rücklagen ist die Gemeinde in der Lage diese Summen noch auszugleichen. Wie auch in anderen Gemeinden, sind diese Beträge mit Abschreibungen durch Investitionen zu begründen. Auf Grund der Zahlen sind Investitionen sehr vorsichtig geplant. Wie bereits im Vor-

jahr sind für das DGH 12.000 € zum Umbau der Küche geplant, plus 12.000 € aus 2014. Leider verzögert sich die Maßnahme, da der Landkreis einem Umbau noch nicht genehmigt hat. Ein großer Posten ist die Straßenerhaltung, hier sind 15.000 € eingestellt, eine Summe die nur der Instandhaltung dient (Splitten und Flickarbeiten des Straßenbelags). Um sich einen Gesamtüberblick zum Zustand des Straßennetzes der Gemeinde zu verschaffen, wird ein Ingenieurbüro damit beauftragt die Straßen zu untersuchen. Ziel ist es, den genauen Istzustand der Fahrbahn, seines Unterbaus und der Kanalisation zu bekommen. Hierfür sind 35.000 € bereitgestellt. Der Gemeinderat ist mehrheitlich der Meinung das es ohne diese Prüfungen in Zukunft keine Straßensanierung geben kann. Gelder zur Straßensanierung sind weder in 2015 noch in 2016 geplant.

Durch die Erweiterung des Gewerbegebiets Volkstorf ist die Gemeinde verpflichtet Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen. Diese sind mit 40.000 € veranschlagt. Als kleiner Posten sind für Spielplätze 4.000 € und für die Unterhaltung des Sportplatzes 5.000 € geplant. Die Zuschüsse für Kinderkrippe und Kindergarten belaufen sich auf 45.000 €.

Als Fazit bleibt festzuhalten, die kalkulierten Steuereinnahmen und im Verhältnis dazu die zu zahlenden Umlagen lassen der Gemeinde nur einen kleinen Handlungsspielraum. Dennoch wurde über eine Grunderhöhung nie nachgedacht.

Peter Lade



ANZEIGE



Bernd Hammann
Schornsteinfegermeister

reinigen · reparieren · beraten
www.schorni-hammann.de

Fasanenweg 1 · 21436 Marschacht
Fon 041 76-9483 845 · Mobil 01 60-9634 0516

● Heidehauskontor ●

Haus der Begegnung, Heilung und Nachhaltigkeit

Naturkostladen · Schuhreparaturannahme · Vernetzung regionaler Produkte · Elfennaht Second Hand und mehr Kunsthandwerk · Physiotherapie, Osteopathie, Reiki Seminarraum · Hebamme · Ernährungsberatung

Lüneburger Landstr. 11 · 21398 Neetze · Fon 0 58 50 - 97 26 171
Öffnungszeiten: di - fr 8.00 - 18.00 Uhr und sa 8.00 - 13.00 Uhr

Alarmanlage:

Darum eine Alarmanlage!

Winterzeit Einbruchzeit ja – und nein. Einbrecher haben das ganze Jahr Saison und auch immer wieder die Samtgemeinde Ostheide heimgesucht.

Zur Absicherung Ihres Hab und Gut gibt es zwei Möglichkeiten:

→ **Die Außenhaut-Absicherung:** Hierbei werden alle Fenster und Türen mit Öffnungskontakten und Glasbruchmeldern versehen. Der Einbruchalarm wird ausgelöst sobald ein Fenster oder eine Tür aufgebrochen werden, also bevor der Einbrecher ins Haus kommt. Die Installation ist etwas aufwendiger, da jedes Fenster mit der Zentrale verbunden werden muss. Die Glasbruchmelder funktionieren wie ein Mikrofon, das auf der Glasscheibe sitzt und löst Alarm aus, sobald das Glas geschnitten oder eingeschlagen wird. Früher verwendete man Erschütterungsmelder, die häufig zu Fehlalarm führten. Heute sind Fehlalarme sehr selten und werden meistens durch Bedienungsfehler ausgelöst, z.B. durch Öffnen der Fenster ohne vorher die Alarmanlage auszuschalten.

→ **Die Innen-Absicherung:** Hier werden an den Durchgangsstellen Bewegungsmelder installiert. Sobald der Einbrecher durch den Bereich läuft, löst er Alarm aus. Diese Variante ist nicht so aufwendig bei der Installation. Alarm über eine Außensirene und ein Telefon-

wählgerät sind heute Standard. Es können bis zu 4 Telefonnummern angewählt und eine Nachricht auf mein Handy oder zu Nachbarn übermittelt werden.

Eine moderne Anlage kann aber nicht nur einen Einbruch melden, sie kann noch viel mehr!

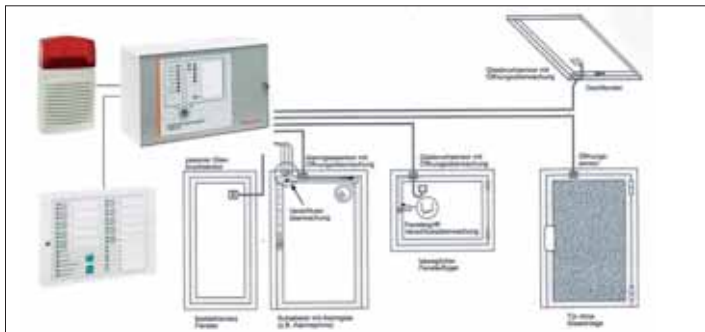
→ **Die Bewegungsmelder** können die Zimmertemperatur überwachen und sollte bei einem Winterurlaub mal die Heizung ausfallen, gibt die Anlage eine Warnung an die gewünschte Handy-Nummer aus.

→ **Bei einem Stromausfall** (z.B. durch ein Gewitter) gibt es ebenfalls eine Alarmmeldung, so dass das Gefriergut im Kühlschrank oder in der Gefriertruhe nicht auftaut. Ein Schaden kann so verhindert werden.

→ **Ist die Haustür abgeschlossen?** Auf der Anzeige wird auch dieses angezeigt und ich kann beruhigt ins Bett gehen.

Die Technik ist heute so ausgereift, dass ein Fehlalarm sehr selten vorkommt. Voraussetzung dafür ist, dass die Anlage von einem Fachmann eingebaut wurde. Die Installationskosten sind in den letzten Jahren gesunken. Eine aufwendige Verdrahtung ist dank der 3 Draht Bustechnik nicht mehr erforderlich.

Auch eine Verbindung mit einer Videokamera ist möglich. Sollte eine Alarmmeldung auf meinem Handy eingehen, kann ich dann eine Kamera anwählen und so die Situation ansehen.



Umwelt-Staatssekretärin Almut Kottwitz:

Umgang mit auffälligem Wolf.



Mehrfach wurde im Landkreis Nienburg und Oldenburg ein Wolf beobachtet, der wenig Scheu vor Menschen gezeigt hat und sich teilweise auf weniger als 10m Distanz Menschen genähert hat. In Anlehnung an das BfN Skript 201 „Leben mit Wölfen“ sind in solchen Fällen entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Hierzu soll eine vorübergehende Entnahme des Tieres aus der Natur erfolgen, um eine Besenderung und anschließende Vergrämung durchführen zu können.

Da gemäß § 32 Absatz 2 NAGB-NatSchG die Angelegenheit in den Zuständigkeitsbereich mehrerer Naturschutzbehörden fällt, ist es zweckdienlich, die Aufgabe hiermit dem NLWKN zu übertragen. Eine hierfür zu erteilende Ausnahmegenehmigung gemäß § 45 Absatz 7 BNatSchG soll befristet für die Landkreise Cloppenburg, Oldenburg, Vechna, Nienburg, Diepholz und Ammerland gelten. Die vom NLWKN in Abstimmung mit den betroffe-

nen Landkreisen zu erteilende Ausnahmegenehmigung soll folgendes beinhalten:

- Betäubung des Tieres durch beauftragte Person, die in Distanzimmobilisierung geschult ist. Die Landkreise sollen dazu aufgefordert werden, entsprechende Personen zu benennen.
- Der immobilisierte Wolf wird in die Auffangstation Wildpark Lüneburger Heide oder in die Quarantänestation im Tierpark Görlitz gebracht.
- Der Wolf wird durch Tierärzte und Wolfsexperten untersucht und beobachtet und gegebenenfalls mit Sender wieder freigelassen.
- Beim Freilassen erfolgt mit sofortigem Beginn eine Vergrämung.
- Die Verfolgung der Wanderung erfolgt durch Telemetrie.
- Weitere gezielte Vergrämungen sind bei andauerndem auffälligem Verhalten vorzunehmen.

Wenn vom Wolf eine drohende Gefahr für Menschen ausgeht, kann dessen Tötung im Rahmen des rechtfertigenden Notstands (§ 34 StGB, § 228 BGB) erfolgen, wenn hierfür die Tatbestandsvoraussetzungen vorliegen.

In Niedersachsen lebende Wölfe haben bislang kein aggressives Verhalten gegenüber dem Menschen gezeigt.

Die neuen Einwohnerzahlen wurden bekanntgegeben

(Stand 30. 6. 2014)

Gemeinde Barendorf	2.550	(+10)
Gemeinde Neetze	2.649	(+40)
Gemeinde Reinstorf	1.302	(0)
Gemeinde Thomasburg	1.300	(-17)
Gemeinde Vastorf	825	(-5)
Gemeinde Wendisch Evern	1.741	(-16)
Samtgemeinde Ostheide	10.367	(+12)

Elektroinstallation

aller Art

Alarmanlagen - Telefonanlagen - PC-Technik



Rüdiger Pfeng

Tel. 04137/77 69

Handy: 0179/75 87 90 4 · eMail: rpfeng@t-online.de
Im Rohrfeld 6 · 21400 Reinstorf-Holzen

Baugeschäft

Heinz Schumacher

seit 1881



Holzer Str. 12 · 21398 Neetze · Tel. 05850/222

Neetze hat viel vor:

Haushalt der Gemeinde Neetze verabschiedet.

In der Geschichte Neetzes wurde erstmals ein Doppelhaushalt für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 geplant.

Die Gemeinde hat viel vor und für diese zwei Haushaltsjahre viele Investitionen geplant.

Hierzu zählen insbesondere der für die Erschließung des neuen Baugebiets Barskamper Weg erforderliche **Kreisel an der L 221**, der von der Gemeinde mit 300.000 € vorzufinanzieren ist. Darüber hinaus ist geplant, die **Straßen „Am Bahnhof“** und „Milchberg“, „Wedenkamp“ und „Holunderweg“ für insgesamt 550.000 € **auszubauen**.

Die Parkmöglichkeiten am **Dorfplatz** sollen für etwa 50.000 € erweitert und das Dachgeschoss des **Gemeindegebäudes Am Katzenberg** soll für 60.000 € zur Erweiterung der Wohnzwecke ausgebaut werden. Wer sich letztes im Internet die **Homepage** der Gemeinde angesehen hat, wird verstehen, dass für die Erstellung einer neuen Homepage 2.000 € gut angelegt sind.

Die Umstellung der **Straßenbeleuchtung** auf LED soll weiter vorangetrieben werden und eine neue **Boulebahn** wird zukünftig unser Dorf bereichern. Der Antrag der CDU Fraktion über 3.000 € für Investitionen auf den **Spielplätzen** findet ebenfalls Berücksichtigung.

Alle diese Maßnahmen sind **ohne Investitionskredite** möglich, da die Gemeinde in den letzten Jahren sehr gut gewirtschaftet hat! Der Schuldenstand beträgt momentan rd. 278.000 €. Bei einem Landesdurchschnitt von 199 € beträgt die pro Kopf Verschuldung in Neetze nur etwa 105 €.

Im **Ergebnishaushalt** schlägt wie jedes Jahr wieder der **Kindergarten** mit der Fehlbetragsfinanzierung von 170.000 € zzgl. der

Daher freuen wir uns, dass weiterhin die freiwilligen Leistungen zur Jugendförderung an die Vereine und auch Zuschüsse an andere Institutionen möglich sind. Darüber hinaus wird ein Betrag von 10.000 € in den Haushalt einge-



Finanzausschussvorsitzende Tanja Ehrlich bei ihrer ersten Haushaltsrede.

Unterhaltung des Gebäudes zu Buche. Die **Umlagen** an die Samtgemeinde und an den Kreis mit über 1 Mio. € stellen den größten Posten im Aufwand dar. Trotzdem schafft es die Gemeinde auch in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 wieder, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

stellt, um die **sanitären Anlagen im gemeindeeigenen Vereinsheim** des TUS Neetze zu sanieren und den hygienischen Bestimmungen somit gerecht zu werden. Der Haushaltsentwurf wurde einstimmig von allen Parteien getragen.

Tanja Ehrlich

Neuer Ratsherr in Neetze.

Frank Steckelberg tritt die Nachfolge von Ratsfrau Helga Kiehn im Rat der Gemeinde Neetze an.

Ratsherr Frank Steckelberg ist seit 2011 beratendes Mitglied in der SPD-Fraktion Neetze sowie stellvertretender Vorsitzender der SPD-Abteilung Neetze. Er übernimmt den Sitz im Finanz- und Dorfausschuss. Durch Sachkenntnisse in den Bereichen der Landesgeographie, Organisation, Planung und Umsetzung verstärkt Ratsherr Frank Steckelberg die Arbeit des Gemeinderates.

Kai-Erik Friese



Brauchtsfeuer zulässig

Gemeinden dürfen nach der neuen Pflanzenabfall-Verordnung (früher BrennVO) keine **Brenntage für Gartenabfälle** mehr festlegen.

Das Verbrennen von Gartenabfällen auf dem eigenen Grundstück ist nun generell verboten und nur noch in Einzelfällen mit Genehmigung der unteren Abfallbehörde (Landkreis) zulässig. Diese neue VO regelt aber nicht „die Zulässigkeit von Brauchtsfeuern und anderen offenen Feuern, wie z.B. Osterfeuer, Johannisfeuer, Mittsommernachtsfeuer oder Lagerfeuer“.

Insoweit habe sich am bisherigen Recht durch die Pflanzenabfall-Verordnung nichts geändert. Osterfeuer sind auch künftig zulässig.

Schönes Osterfeuer
Brigitte Mertz

Quelle: Ratsbrief des NSGB

Cent

netzwerk-technik

Microsoft
CERTIFIED

Systems Engineer

Claus Ehrlich

Tel. 05850/971067

Fax. 05850/971068

Am Buchenwald 5

21398 Neetze

Info@cnt-ehrllich.de



Microsoft

Beratung
Installation
Service
Reparatur
Verkauf



DER KLEINE LADEN

Evelyn Kötzing

Horndorf · Zum Uhlenberg 13 · 04137/81 35 18

Öffnungszeiten: Mo 18 – 20 Uhr · Do 9 – 11 Uhr

und immer wenn ich zu Hause bin!

Vastorf:

Neue Tragkraftspritze.



Am Samstag den 28. 2. 2015 hatte die Ortswehr Vastorf zur Übergabe ihrer neuen Tragkraftspritze eingeladen.

Ortsbrandmeister Dennis Leuenberg begrüßte in seiner Ansprache den Samtgemeindebürgermeister Norbert Meyer, Gemeindebrandmeister Horst Holtmann und seinen Stellvertreter Andreas Seidenkranz, einige Ratsmitglieder der Samtgemeinde und Vertreter der anderen Ortswehren und natürlich seine eigene Wehr.

In seiner Rede blickte er zurück auf die Entwicklung der Tragkraftspritzen, vom Anfang, als die Pumpen noch mit Muskelkraft betrieben wurden bis hin zum aktuellen Model, (Marke Ziegler Ultra Power 3 10-1.500). Er blickte mit etwas Wehmut zurück, hatte die Vastorfer

Ortswehr doch einige Großeinsätze mit der alten Pumpe bewältigt und schöne Erfolge mit der Wettkampfgruppe errungen. Leider sei der Motor nicht mehr reparabel, jetzt freue man sich auf die neue Pumpe und hoffe auf eine lange Lebensdauer. Er bedankte sich bei Rat und Verwaltung der Samtgemeinde für die Neuanschaffung. Samtgemeindebürgermeister Norbert Meyer erinnerte sich auch an einige Einsätze mit der alten Tragkraftspritze, ist er doch auch Mitglied der Vastorfer Ortswehr. Eine Neubeschaffung nach zwanzig Jahren sei nicht alltäglich, haben andere Ortswehren in der Samtgemeinde doch weitaus ältere Modelle. Aus diesem Grund habe man sich

auch für ein Modell der Firma Ziegler entschieden, da mit dieser Pumpe die besten Erfahrungen gemacht wurden. Gemeindebrandmeister Horst Holtmann bedankte sich ebenfalls für die Neuanschaffung und wünschte der Wehr alles Gute, man solle aber nicht auf Einsätze warten, diese kämen früh genug. Anschließend wurde der Schlüssel offiziell übergeben und die Pumpe wurde gestartet. Zum Abschluss wurde bei einem kleinen Imbiss reichlich gefachsimpelt.

Veränderungen bei den Ortswehren.

Bei den Ortswehren der Samtgemeinde werden zum 1. 4. 2015 einige Ortsbrandmeister bzw. Stell-

vertreter neu berufen. In Vastorf ist der Stellvertreter Chris Teske zurückgetreten sein Nachfolger ist Hans Günter Meyer. In Wendisch Evern werden Ortsbrandmeister Jörg Mendel und sein Vertreter Raymond Cuypers durch N. Stegen und S. Lühmann ersetzt. In Holzen wird Kai Haasis vom Stellvertreter zum Ortsbrandmeister und Richard Stegen zum Stellvertreter berufen. Zum Bedauern der Samtgemeindeverwaltung und des Rates haben sowohl Gemeindebrandmeister Horst Holtmann als auch sein Stell-

vertreter Andreas Seidenkranz angekündigt, nach Ablauf ihrer Amtszeit im Jahre 2016 nicht weiter zur Verfügung zu stehen. Darauf hin wurde beschlossen, dass bis zum Ausscheiden ein weiterer Stellvertreter Gemeindebrandmeister benannt werden soll. Dieses Amt übernimmt Olaf Wildung aus Reinstorf. Mit dieser Veränderung musste auch die Feuerwehrs- und Aufwandsentschädigungsatzung der Samtgemeinde geändert werden.

Peter Lade

Wendisch Evern:

Führungswechsel in der Feuerwehr.

Das bestimmende Thema auf der Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Wendisch Evern am 14. 2. 2015 war die Wahl eines neuen Ortsbrandmeisters sowie seines Stellvertreters.

Ortsbrandmeister Jörg Mendel hat aus gesundheitlichen Gründen sein Amt zur Verfügung gestellt. Ebenso sein Vertreter, Raymond Cuypers, der auch aus gesundheitlichen Gründen bereits in die Altersabteilung gewechselt ist.

Schnell waren kompetente Kandidaten gefunden. Mit großer Mehrheit wurde Norbert Stegen zum neuen

Ortsbrandmeister gewählt. Stefan Lühmann ist sein Stellvertreter. Die offizielle Ernennung erfolgt bei der nächsten Samtgemeinderatssitzung.

Wir sagen dem scheidenden Ortsbrandmeister und seinem Stellvertreter unseren herzlichen Dank für die geleistete Arbeit und für die stetige Einsatzbereitschaft der Wehr.



Der neu gewählten Führung wünschen wir ein erfolgreiches Wirken mit wenigen Einsätzen.
Rainer Leppel



Der neue Ortsbrandmeister Norbert Stegen (links) und sein Stellvertreter Stefan Lühmann.

FOTO: RAINER LEPPEL



Allianz 

**Allianz Generalvertretung
Wolfram Puffahrt**

Versichern, Finanzieren, Sparen – aus einer Hand

Bahnhofstr. 34
21398 Neetze
Telefon: 05850/319
Telefax: 05850/12 89
wolfram.puffahrt@allianz.de

Bürozeiten:
Mo. – Fr. 8.30 – 12 Uhr
Mo., Di., Do. 15 – 18 Uhr
oder nach Vereinbarung
www.puffahrt-allianz.de



Fabian Bartsch
Fenster- & Türenmontage

- ▶ Kunststoffenster, Holzfenster, Alufenster, Türen aller Art
- ▶ Vorsatz-Rolläden, Aufsatz-Rolläden, Insektenschutz
- ▶ Laminat / Fertig Parkett, Silikonarbeiten
- ▶ Terrassenüberdachung

0172 - 4062864

Am Gutshof 45 21398 Neetze

Vastorf:

Und täglich grüßt das Murmeltier.

Die Gemeinde Vastorf hat in ihrem Haushalt nur einen begrenzten Spielraum (siehe Bericht Doppelhaushalt).

Um so ärgerliche ist es, wenn die Gemeinde Ausgaben hat, die nicht einkalkuliert sind. Es ist stets unser Ziel, die Gemeindefläche in einem sauberen Zustand zu halten. Mit dem Kirchenkreis Reinstorf ist eine Vereinbarung getroffen worden, um den Friedhofsvorplatz sauber zu halten. Es wurde eigens eine Mulde für Grünabfälle aufgestellt, auch sieht unser Gemeindemitarbeiter immer wieder nach dem rechten.

Leider wurde die aufgestellte Mulde schon in den ersten Tagen zweckentfremdet. Es gab jemanden der zwar genug Geld für einen Fernseher und weitere Dinge hatte, aber nicht über genügend Intelligenz verfügt, um seinen Müll ordnungsgemäß zu entsorgen.

Ein anderes Beispiel findet sich im Gewerbegebiet Volkstorf. Hier wurden Möbelstücke einfach im Wendehammer ausgeladen und stehen gelassen. Auch werden gerne Gegenstände am Altglascontainer abgeladen, zuletzt ein paar Autoreifen. Das alles muss die Gemeinde entsorgen und dafür Geld aufwenden, das sinnvoller eingesetzt werden könnte.

Meine Bitte geht an alle Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Vastorf: Wenn sie jemanden sehen der seinen Müll, Gartenabfälle oder sonstiges unsachgemäß entsorgt, sprechen sie ihn an oder melden sie es der Verwaltung. Für alle Einwohner ist ein sauberes Vastorf ein schöneres Vastorf.



Peter Lade

Wendisch Evern:

Anwohner wollen Bürgerentscheid gegen nachträglichen Straßenausbau.

Zum ersten Mal in der Geschichte Wendisch Everns wenden sich Bürger gegen einen Beschluss des Gemeinderats mit Hilfe des Bürgerbegehrens.

Trotz massiver Bedenken der SPD-Fraktion, die mehrfach die Notwendigkeit des Ausbaus dieser seit über 100 Jahren unbefestigten Anliegerstraße bezweifelte und auch die fehlende Information und Einbindung der Betroffenen kritisierte, setzte die CDU-Ratsmehrheit diesen Ausbau durch, der für die Anlieger nicht nachvollziehbar ist und richtig teuer wird.

Drei Vertretungsberechtigte für die Anlieger zeigten nun Mitte Februar bei der Gemeinde Wendisch Evern ein Bürgerbegehren mit folgendem Wortlaut an:

„Sind Sie dafür, dass der Ratsbeschluss vom 1. 10. 2014 zur Sanierung eines Teils der Straße Am Steinbruch aufgehoben wird und die geplante Pflasterung des Seitenarms der Straße Am Steinbruch zwischen Hausnummer 8 und 18 unterbleibt?“

Den Anliegern geht es nicht nur um das Geld – zwischen 13.000 und 30.000 Euro müsste jeder für den Ausbau bezahlen, es geht ihnen auch um den Erhalt der Idylle in der Ortsrandlage. *„Vor allem geht es auch um Bürgernähe, um politische Mitbestimmung. Darum, die Bürger ins Boot zu holen und nicht über ihre Köpfe hinweg zu entscheiden.“*

(Lüneburger Landeszeitung, 19. 2. 2014, S.7)

Das Bürgerbegehren müssten 10% (144) der Wahlberechtigten ab 16 Jahren unterschreiben, damit dann innerhalb von 6 Monaten ein



FOTO: MARTIN PETERS

Das Streitobjekt: Die Idylle in Ortsrandlage.

Bürgerentscheid durchgeführt wird, an dem mindestens 20% der Wahlberechtigten teilnehmen müssten, damit der Bürgerentscheid gültig wird.

Bei Redaktionsschluss hatten die Vertretungsberechtigten bereits mehr als die notwendigen 144 Unterschriften zusammen. Offen war zu diesem Zeitpunkt, wie sich die CDU-Gemeinderatsmitglieder nun verhalten, denn die Ausschreibung für den Straßenausbau war bereits veröffentlicht. Um eine Ausschreibung schadenersatzfrei aufzuheben, bedarf es besonders schwerwiegender Gründe.

Aus Sicht der Anlieger ist die Durchführung eines im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz vorgesehenen Bürgerbegehrens/Bürgerentscheids ganz



bestimmt ein schwerwiegender Grund, um die Ausschreibung aufzuheben.

Martin Peters



Helga Hinrichs †

Am 26. Februar 2015 verstarb im Alter von 86 Jahren Helga Hinrichs aus Wendisch Evern. Helga Hinrichs hat sich

über Jahrzehnte hinweg durch ihr großes soziales Engagement in Wendisch Evern und der Samtgemeinde Ostheide ausgezeichnet. Schon früh arbeitete sie im Senioren-Club Wendisch Evern an der Seite ihres Vaters Bruno Leschmann, einem der Mitbegründer des Senioren-Clubs, aktiv mit und übernahm dann für eine lange Zeit auch den Vorsitz. Unzählige Veranstaltungen für ihre älteren Mitbürger bereitere sie vor, organisierte Fahrten und besuchte Kranke und Geburtstagskinder. Dabei kam ihr die offene und fröhliche Art im Umgang mit ihren Mitmenschen sehr zugute, sie war überall gern gesehen! Auch gehörte sie dem Chor um Christa Kruse an, der bei Geburtstagen und anderen Feierlichkeiten viele Menschen mit fröhlichen Liedern erfreute. Die Liebe zur Musik hatte für Helga Hinrichs immer eine besondere Bedeutung. Im Seniorenbeirat der Samtgemeinde Ostheide war Helga Hinrichs ebenfalls viele Jahre als dessen Vorsitzende aktiv. Der alljährliche Seniorennachmittag im Reinstorfer Schützenhaus, jahrein jahraus ein Treffpunkt für rund 300 Seniorinnen und Senioren aus allen Orten der Samtgemeinde, fand mit ihrer aktiven Beteiligung statt. Viele Ideen zur Programmgestaltung kamen selbstverständlich von Helga Hinrichs, der man die Freude ansehen konnte, wenn diese Zusammenkunft wieder einmal auf große Zustimmung bei ihren älteren Mitmenschen stieß. Leider spielte in den letzten Jahren die Gesundheit nicht mehr mit und Helga Hinrichs gab ihre Aufgaben nach und nach an Jüngere ab. Am 6. März nahm nun eine große Trauergemeinde gemeinsam mit ihren vier Kindern und zwei Enkelkindern auf dem Wendisch Everner Friedhof Abschied von Helga Hinrichs. Ihre freundliche und lebensbejahende Art wird vielen von uns immer in dankbarer Erinnerung bleiben.

Rolf-Dieter Sohl

Neubau
Renovierung Restaurierung
Altbau

Jens Reimers
Maurermeister

Honenberg · 21398 Neetze
Tel. 05850/12 25 · Mobil 0171/99 48 468

Die Leseratte 
Bücher ★ Schreibwaren ★ Geschenke

Erika Cordes

Am Dorfplatz 9 · 21398 Neetze
Tel. 0 58 50 / 97 21 61 · Fax. 97 21 63
E-Mail: Leseratte-neetze@gmx.de

Öffnungszeiten: Mo – Do 9 – 12.30 Uhr und 14.30 – 18.30 Uhr · Sa 9 – 13 Uhr
Freitag durchgehend geöffnet!

Altstadt-Druck

Offsetdruck
Prospekte
Buchdruck
Buchbinderarbeiten
Schnelltrennsätze
Geschäftsdrucksachen
Reproduktionen
Endlosdruck
Bücher

Hauptstr. 4 · 29575 Altenmedingen · Tel. 05807/14 42 · Fax 14 49

Rhythmik * Musik * Spiel

Musikkurse für Kinder

- Musikalische Früherziehung, Rhythmik
- Instrumentalunterricht für Flöte
- Musische Therapie für Kinder mit und ohne Behinderung
- Gitarrenkurse für Kinder und Erwachsene
- Fortbildungen

simon-wendhausen@t-online.de

Monika & Peter Simon · Windmühlenstr. 5 · 21400 Wendhausen · Tel. 04137/76 47



Wilfried Gäbel

Inh. Frank Gäbel

MALERMEISTER

21398 Neetze · Lüneburger Landstraße 30
☎ 05850/97 12 63 0 · Fax: 05850/97 12 62 8

Verkauf von
Farbe und **Wein**

www.maler-gaebel.de

Kaufen wo es wächst

Der Gartenbetrieb in Ihrer Nachbarschaft bietet aus eigener Erzeugung an:

Blumen fürs Fenster, Balkon und Garten
Kranzbinderei und Schnittblumen

Gärtnerei

Saucke - David

Eichenmoorweg 5 · 21403 Wendisch Evern

Telefon: 0 41 31/5 31 23

© W. SCHWABE

der Bad-Designer

Beratung, Planung, Ausführung



Lerchental 13 · 21400 Reinstorf
Telefon 04137 808914 · Telefax 04137 8087764
Mobil 0152 53194769 · mail@wellsandt.de

wellsandt.de

Matthias Wedemann

KFZ-Technikerbetrieb

Lerchental 3 · 21400 Reinstorf
fon: 04137/474 · fax: 80 81 67
mobil: 0172/425 68 74



Großkopf

Im Neuen Dorfe 17 · 21398 Neetze · Tel. (05850) 648 · Fax 338



Sanitär • Heizung
Kundendienst

PRAXIS FÜR
KRANKENGYMNASTIK
PHYSIOTHERAPIE



• LYMPHDRAINAGE • MASSAGEN • HAUSBESUCHE •

Heika Hänel Milchberg 4a · 21398 Neu Neetze
Tel. 05850 - 97 21 72 · Mobil 0179 - 22 655 42
Fax 05850 - 97 14 52

Krüger

Feuerschutz
Brandschutz Service

Feuerlöscher Prüf- und Fülldienst

Lüneburg Tel. 04131/8 16 46

www.krueger-feuerschutz.de

gegründet
1997

Gas- und Wasserinstallation
Bauklempnerei
Sanitärinstallation
Gasheizung
Wartung und Service
Beratung
Photovoltaikanlagen
Solaranlagen

Feldstraße 2
21403 Wendisch Evern

**HELMUT
KLOSE**

Gas- und Wasser-
Installateurmeister

Tel: 04131/5 93 50
Fax 04131/5 56 47

© W. SCHWABE